



EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

IPPNW
Dr. Waltraud Jobst
Hermann-Langlotzstr. 8
67346 Speyer

Berlin, 06. September 2013

Ihr Wahlprüfstein vom 04. August 2013

Sehr geehrte Frau Dr. Jobst,

wir halten die sogenannte „Merkel-Doktrin“ für einen gefährlichen Irrweg. Rüstungsexporte sind nicht geeignet, regionale Stabilität in aller Welt zu fördern. Ebenso wenig sind sie geeignet, eine Beteiligung Deutschlands an internationalen Vermittlungsbemühungen oder Friedensmissionen zu ersetzen. Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. Hermesbürgschaften sind kein geeignetes Instrument, um Rüstungsexporte zu regulieren.

Wir wollen zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Dann werden politische Entscheidungen anhand inhaltlicher Kriterien getroffen. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen nachweislich die Menschenrechte missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ legen eindeutig fest, dass die innere Lage des Empfängerlandes, die Menschenrechtssituation, der Respekt internationaler Konventionen und mögliche Konsequenzen für die regionale Sicherheit bei den Rüstungsexportentscheidungen berücksichtigt werden müssen, was bei Nichterfüllung der dort genannten Kriterien zur Untersagung führen muss. Deswegen lehnen wir die von Schwarz-Gelb beabsichtigte Lieferung von Kampfpanzern des Typs Leopard 2 nach Saudi-Arabien und andere Staaten der arabischen Halbinsel ab.

Im Bereich der Rüstungsexporte liegt die Verantwortung der Genehmigungspraxis bei der Bundesregierung. Die Kontrollfunktion des Deutschen Bundestages muss jedoch gegenüber der jetzigen Praxis deutlich effektiver gestaltet und gestärkt werden. Dies ist in vielen anderen Ländern, auch NATO-Mitgliedstaaten, längst üblich. Wir fordern deshalb, den Rüstungsexportbericht der Bundesregierung spätestens drei Monate nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres zu veröffentlichen; und ein gestuftes angemessenes, zeitnahes und praktikables Verfahren zur parlamentarischen Beteiligung an Rüstungsexportentscheidungen zu entwickeln.

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Fon 030 25991-500
Fax 030 25991-410
parteivorstand@spd.de
www.spd.de

SEB AG
Berlin
BLZ 100 101 11
Konto 1000 435 800

 facebook.com/SPD
 youtube.com/SPDvision
 twitter.com/SPDde

